



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 1. November 2021

Kandidierende für den Bankrat oder das Bankpräsidium der Zürcher Kantonalbank (ZKB) werden künftig von einem externen Beratungsunternehmen unter die Lupe genommen. Dies hat der Kantonsrat in zweiter Lesung mit 126 zu 33 Stimmen entschieden ([KR-Nr. 287/2020](#)). Auslöser für eine entsprechende Reglementsänderung war die Kritik der Finanzmarktaufsicht, die das bisherige Auswahlverfahren für unzureichend hielt.

Der Kantonsrat hat mit 161 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen entschieden, den Stellenetat des Verwaltungsgerichts von 1000 auf 1100 Stellenprozent zu erhöhen ([KR-Nr. 408/2020](#)). Es folgte damit dem Antrag der Justizkommission. Das Verwaltungsgericht hatte um eine Erhöhung der eigenen Stellenprozente um 200 (von 1000 auf 1200) ersucht.

Der Kantonsrat hat Änderungen der Verordnung über die Organisation und den Geschäftsgang des Sozialversicherungsgerichts sowie der Verordnung über die Gebühren, Kosten und Entschädigungen vor dem Sozialversicherungsgericht ohne Diskussion genehmigt ([KR-Nr. 1/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine Sammelvorlage zu verschiedenen Revisionen des Kantonsratsgesetzes und des Kantonsratsreglements in erster Lesung genehmigt. Darin geht es unter anderem um die Verankerung der Live-Übertragung der Ratssitzung ([KR-Nr. 380/2018](#)) und die finanziellen Auswirkungen von Beschlüssen ([KR-Nr. 396/2019](#)), die neu im Voraus dargelegt werden müssen.

Der Kantonsrat hat einer Änderung des Kantonsratsreglements betreffend Änderung des Differenzbereinigungsverfahrens zum Budget ([KR-Nr. 88/2021](#)) in erster Lesung ohne Gegenantrag beschlossen.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von FDP, GLP, SVP und Mitte zur administrativen Entlastung von Unternehmen mit 103 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 66/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von SVP und FDP mit 68 Stimmen vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, dass langjährige Eigentümer, die ihr Eigenheim verkaufen, einen zusätzlichen Rabatt bei der Grundstückgewinnsteuer erhalten sollen ([KR-Nr. 69/2021](#)).

Wie Berggebiete oder Tessiner Städte sollen auch Zürich und Winterthur als «Tourismusgebiete» eingestuft werden. Das würde ihnen erlauben, jeden Sonntag die Läden offenzuhalten. Der Kantonsrat hat am Montag eine parlamentarische Initiative der GLP mit 95 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 94/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von AL, SP und Grünen zur Neubewertung von Immobilien mit 59 Stimmen nicht vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 95/2021](#)). Nötig gewesen wären 60 Stimmen. Mit der Initiative wurde gefordert, dass Eigenmietwerte und Grundstücke mindestens alle fünf Jahre, spätestens aber wenn die Preissteigerung 20 Prozent überschreitet, neubemessen bzw. neubewertet werden sollen.

(sda)